

Protokoll

über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Trittau am Donnerstag, den 06.12.2012, 19.30 Uhr, im Verwaltungsgebäude in Trittau.

Anwesend sind: Thomas Mertens-Ammermann
als Vorsitzender
1. stellv. Bürgermeister Peter Lange

Die Gemeindevertreter/innen

Ulrike Lorenzen
Jens Hoffmann
Michaela Droege
Ulf Zingelmann
Barbara Harders
Bernd Geisler
Roland Wingenfelder
Christian Winter
Ute Welter-Agatz
Mathias Treimer
Bernd Marzi
Michael Amann
Peter Sierau
Wiebke Neumann
Host Schumann

Es fehlen entschuldigt: Claudia Ludwig
Frank Kubbernuß

Außerdem anwesend: Gaby Pulst, Europabeauftragte
Herr Borchers, Protokollführer

Der Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. GV Amann zieht den Antrag der BGT-Fraktion (Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan N. 6 B – Schützenplatz) zurück und bittet den TOP auf die nächste Sitzung der Gemeindevertretung zu setzen. Einwände hiergegen und gegen die übrige Tagesordnung werden nicht erhoben.

Es ergibt sich somit folgende geänderte Tagesordnung:

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 22.11.2012
3. Bericht über die in der Sitzung am 22.11.2012 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Bericht des Bürgermeisters

5. Bericht der Europabeauftragten
6. Bebauungsplan Nr. 44 (Ehemaliger Güterbahnhof)
Gebiet: Zwischen der Kieler Straße und der Walstraße, im Süden begrenzt durch die Straße Bahnhofstwierte, im Norden durch die Kieler Straße;
hier: Auswertung der zur erneuten (2.) öffentlichen Auslegung (November/Dezember 2011) eingegangenen Stellungnahmen sowie erneuter (3.) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
7. 31. Änderung des Flächennutzungsplanes
Gebiet: Schützenplatz, nordöstlich der Poststraße, südwestlich Mühlau;
hier: Auswertung der zur öffentlichen Auslegung (Oktober/November 2012) eingegangenen Stellungnahmen sowie abschließender Beschluss
8. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31
Gebiet: Nördlich Großenseer Straße (L 93), östlich Bürgermeister-Hergenhan-Straße und südlich Heinrich-Hertz-Straße
hier: Aufstellungsbeschluss
9. Haushaltssatzung 2013 einschließlich Haushaltsplan, Finanz- und Investitionsplan sowie Stellenplan
10. Mitteilungen und Anfragen
11. Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

Zu TOP 1: Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragt an, ob Gerüchte stimmten, dass der Kreisel Hamburger Straße/Mühlenweg nun nicht mehr gebaut werden solle. 1. stellv. Bürgermeister Lange erläutert, dass weitere Dinge bezüglich der baulichen Ausführung zu prüfen seien und es deshalb zu Verzögerungen komme.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

1/3

Zu TOP 2: Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 22.11.2012

GV Amann erläutert, dass sein Wortbeitrag unter TOP 8 auf Seite 4 ergänzt werden müsse: „Der bisherige Service für die Bürgerinnen und Bürger bleibe erhalten.“ Weitere Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 22.11.2012 werden nicht erhoben.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

VZ

Zu TOP 3: Bericht über die in der Sitzung am 22.11.2012 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende berichtet unter Wahrung der Verschwiegenheit über den in der Sitzung am 22.11.2012 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

VZ

Zu TOP 4: Bericht des Bürgermeisters

1. stellv. Bürgermeister Lange berichtet, dass

- für den Anbau einer Stahltreppe an das Bürgerhaus derzeit die Statik geprüft werde.
- eine Baugenehmigung für den Umbau des Bugenhagenheims der Ev.-luth. Kirche, welches vorübergehend für eine zusätzliche Kita-Gruppe genutzt werden soll, erteilt wurde.
- eine Einigung zwischen Land und Kommunen über Krippenkosten erzielt werden konnte und vom Land beabsichtigt sei, den Kommunen ab 2013 alle Betriebskosten der seit 2009 neu geschaffenen Krippenplätze abzüglich der Elternbeiträge und Eigenanteile der Träger zu erstatten.
- die Freiwillige Feuerwehr Trittau zur Jahreshauptversammlung am 05.01.2013 um 19.30 in das Gerätehaus einlade.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

1/3, 2/200, 2/100

Zu TOP 5: Bericht der Europabeauftragten

Frau Pulst berichtet über die stattgefundenen und in nächster Zeit noch stattfindenden Begegnungen und Termine hinsichtlich der europäischen Verschwisterungen. Der Bericht ist den Protokollkopien und dem Originalprotokoll beigelegt.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

Europabeauftragte (Frau Pulst, Frau Behncke)

Zu TOP 6: Bebauungsplan Nr. 44 (Ehemaliger Güterbahnhof)

Gebiet: Zwischen der Kieler Straße und der Walstraße, im Süden begrenzt durch die Straße Bahnhofstwierte, im Norden durch die Kieler Straße;

hier: Auswertung der zur erneuten (2.) öffentlichen Auslegung (November/Dezember 2011) eingegangenen Stellungnahmen sowie erneuter (3.) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Planung und Umwelt vom 30.11.2012 -

GV Hoffmann erläutert als stellv. Vorsitzender des Planungsausschusses anhand von Tageslichtprojektorfolien ausführlich den Sachverhalt. Er geht dabei auch auf die Problematik der bestehenden Altlasten im Gebiet ein. Im Bereich des Bebauungsplanes sei im belasteten Gebiet eine Grünfläche geplant. Es bestehe dort keine Gefährdung, sofern nicht der Boden tiefer aufgedigelt werde. Der Planungsausschuss habe mit 5 Ja- Stimmen und 2 Enthaltungen den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss empfohlen. GV Amann kritisiert die späte Information über die Belastungen und teilweise widersprüchliche Darstellungen durch den Kreis. Es wird von ihm gebeten, den Kreis bezüglich der Beseitigung der Altlasten weiterhin in die Pflicht zu nehmen.

GV Neumann verlässt wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

Nach einer gemeinsamen Aussprache wird beschlossen:

1. Die während der erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 44 vorgebrachten Stellungnahmen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und der Naturschutzverbände hat die Gemeindevertretung mit dem in der Anlage zu TOP 6 dieser Sitzungsniederschrift beschriebenen Ergebnis (Auswertung des Büros Architektur + Stadtplanung, Hamburg vom 23.11.2012) geprüft.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen privaten Personen sowie die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und Naturschutzverbände, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Die Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 44 für das Gebiet zwischen der Kieler Straße und der Waldstraße, im Süden begrenzt durch die Straße Bahnhofstwiete, im Norden durch die Kieler Straße und der Begründung werden in der vorliegenden Fassung mit folgenden Änderungen gebilligt:
 - Modifizierung der Fläche für die Abwasserbeseitigung sowie
 - Überprüfung des Querschnitts der nördlichen Erschließungsstraße.
3. Die Entwürfe des Planes und der Begründung sind nach § 4 a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Naturschutzverbände von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter: 19

davon anwesend: 17

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: keine

Stimmenthaltungen: keine

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war GV Neumann von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

GV Neumann nimmt wieder an der Sitzung teil. Der Vorsitzende berichtet ihr über das Beschlussergebnis.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

2/4, Architektur + Stadtplanung

Zu TOP 7: 7. 31. Änderung des Flächennutzungsplanes

Gebiet: Schützenplatz, nordöstlich der Poststraße, südwestlich Mühlau;

hier: Auswertung der zur öffentlichen Auslegung (Oktober/November 2012) eingegangenen Stellungnahmen sowie abschließender Beschluss

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Planung und Umwelt vom 30.11.2012 -

GV Hoffmann erläutert als stellv. Vorsitzender des Planungsausschusses anhand einer Tageslichtprojektorfolie ausführlich den Sachverhalt. GV Geisler äußert Bedenken gegen den seiner Auffassung nach zu leichtfertigen Umgang mit den Einwänden insbesondere bei Naturschutzbelangen und die künftigen Folgen für das Schützenfest. Die Abwägungen seien seiner Meinung nach nicht hinnehmbar. GV Amann weist darauf hin, dass die Natur- und Umweltschutzbelange insbesondere im B-Plan-Verfahren Berücksichtigung finden würden und kritisiert die geäußerte Haltung, hinter der die grundsätzliche Ablehnung der CDU-Fraktion stehe. Das Schützenfest könne nach den Ergebnissen der Lärmmessungen sowohl am alten als auch am neuen Standort stattfinden. Es schließt sich eine längere Debatte an. U. a. verweist GV Welter-Agatz auf die sorgfältigen Untersuchungen der naturschutzrechtlichen Belange. GV Droege sieht die Erforderlichkeit, das Mei-

ereigelände mit in die Betrachtungen einzubeziehen und spricht sich zusammen mit GV Harders dagegen aus, derzeit einen voreiligen Beschluss zu fassen. GV Amann verweist auf die Ungewissheit, welcher Investor letztlich das Meiereigelände erwerben werde sowie die Notwendigkeit, die Sache voranzubringen und erläutert, dass der Gemeinde hinsichtlich der Planung keine Kosten entstehen würden. Auf Nachfrage von GV Geisler erläutert GV Hoffmann detailliert, welche Planungen im F-Plan-Bereich durch den Investor (Familia) beabsichtigt seien. GV Welter-Agatz weist auf die Notwendigkeit, die Spange fortzuführen, hin, welches nur mit dem Vorantreiben der Planung gelinge. GV Hoffmann erläutert, dass die Spange seines Erachtens aufgrund des zick-zackartigen Verlaufes kaum Entlastungsfunktion haben werde.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgebrachten Stellungnahmen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Naturschutzverbände, der sonstigen Vereine und Verbände und der Nachbargemeinden hat die Gemeindevertretung mit dem in der Anlage zu TOP 7 dieser Sitzungsniederschrift beschriebenen Ergebnis (Auswertung des Büros Planlabor Stolzenberg; Lübeck vom 29.11.2012) geprüft.

Der Bürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Die nicht berücksichtigten Stellungnahmen sind bei der Vorlage des Planes zur Genehmigung mit einer Stellungnahme beizufügen.

2. Die Gemeindevertretung beschließt die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes.
3. Der Begründung wird gebilligt.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der Zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter: 19

davon anwesend: 17

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 7

Stimmenthaltungen: keine

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO war keine Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

2/4, PLANLABOR

Zu TOP 8: 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31

Gebiet: Nördlich Großenseer Straße (L 93), östlich Bürgermeister-Hergenhan-Straße und südlich Heinrich-Hertz-Straße

hier: Aufstellungsbeschluss

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Planung und Umwelt vom 30.11.2012 -

GV Hoffmann als stellvertretender Vorsitzender des Planungsausschusses erläutert ausführlich den Sachverhalt anhand einer Tageslichtprojektorfolie. GV Amann erläutert anschließend weitere Details. GV Hoffmann weist darauf hin, dass noch festgelegt werden müsse, welches Planungsbüro beauftragt werden solle. Laut Mitteilung der Verwaltung sei das Büro Planlabor Stolzenberg günstiger als das ebenfalls angefragte Büro Architektur und Stadtplanung, so dass vorgeschlagen werde, Planlabor Stolzenberg zu beauftragen, auch wenn dieses schon sehr viele Vorhaben in der Gemeinde betreue.

Beschluss:

1. Für das Gebiet nördlich Grobenseer Straße (L 93), östlich Bürgermeister-Hergenhan-Straße und südlich Heinrich-Hertz-Straße, Bürgermeister-Hergenhan-Straße 2 bis 20 (gerade Hausnummern) und Heinrich-Hertz-Straße 2 wird die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 aufgestellt. Es werden folgende Planungsziele verfolgt:
 - Überprüfung der Baugrenzen sowie
 - Überprüfung der Anpflanz- und Erhaltungsgebote.

Mit der Ausarbeitung des Planentwurfes und der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Naturschutzverbände soll das Büro Planlabor Stolzenberg beauftragt werden.

Von der Beteiligung der Nachbargemeinden wird abgesehen, da die Planänderung keine Auswirkungen auf diese hat.

2. Die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zur Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll in Form einer zweiwöchigen öffentlichen Auslegung durchgeführt werden.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
4. Sämtliche Kosten, die mit der Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31 anfallen, sind gemäß den Grundsatzbeschlüssen vom 27.05.1993 und 25.09.2008 von den Antragstellern zu übernehmen. Dieses gilt ebenfalls für die mit der Planung verbundenen Aufwendungen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter: 19

davon anwesend: 17

Ja-Stimmen: 16

Nein-Stimmen: keine

Stimmenthaltungen: eine

Bemerkung:

Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Die Sitzung wird in der Zeit von 20.28 Uhr bis 20.35 Uhr unterbrochen.

Zu TOP 9: Haushaltssatzung 2013 einschließlich Haushaltsplan, Finanz- und Investitionsplan sowie Stellenplan

- Sachverhalt vgl. Sitzungsvorlage des Fachdienstes Finanzen vom 29.11.2012-

GV Lange erläutert als Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftsausschusses ausführlich den vorliegenden Haushaltsentwurf. Er führt u. a. aus, dass seit 2009 alle Fraktionen einen nachhaltigen Sparkurs eingeschlagen hätten, der seinerzeit von eingesetzten Arbeitsgruppen und dem Kämmerer begleitet wurde. Daher könne nunmehr auch der Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden. Die Steigerung der Amtsumlage sei erklärbar. Allerdings steige aufgrund der beabsichtigten Investitionen im Vermögenshaushalt die Neuverschuldung um über 4,025 Mio. Euro, so dass sich die Pro-Kopf-Verschuldung nunmehr auf 1.211 Euro anhebe. Dieses bedeute im Vergleich zu 2009 eine 58%ige Steigerung. GV Lange erläutert weitere Details des Haushaltes. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss habe den Entwurf mit 5 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung zu Beschluss empfohlen. Er bemerkt, dass er selbst dem Entwurf aufgrund der hohen Neuverschuldung nicht zustimmen könne, sofern nicht wesentliche Verschiebungen vorgenommen würden.

GV Lorenzen berichtet, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 06.11. den Stellenplan beraten und einstimmig zum Beschluss empfohlen habe. Sie erläutert die Anzahl der Stellen des Stellenplanes. Herr Borchers erhält das Wort und berichtet, dass die noch ausstehenden Beratungen der Schulverbandsversammlung über den Haushalt des Schulverbandes 2013 kaum Auswirkungen auf das Planjahr 2013 hätten, da eventuelle Investitionen kreditfinanziert seien und sich die Kreditaufnahme sich erst in den Folgejahren auswirken würde.

GV Geisler erläutert, dass der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes mit einem Überschuss in Höhe von 1,027 Mio. Euro positiv zu sehen sei. Allerdings müsse man sich Gedanken über das Freibad machen, da die Kosten und damit das Defizit trotz aller Einsparbemühungen nach wie vor erheblich ansteigen würden. Zu beachten seien die erheblichen ungedeckten Kosten des Kita-Bereiches mit rd. 1,306 Mio. Euro. Er erläutert anschließend wesentliche und nach seiner Auffassung erforderliche Investitionen des Vermögenshaushaltes. Zukünftig müssten jedoch verstärkt darauf geachtet werden, die Neuverschuldung zu vermeiden. Die CDU-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

GV Welter-Agatz erläutert, dass der Verwaltungshaushalt trotz der Kosten des Freibades ausgeglichen werden könne. Im Vermögenshaushalt werde vorgeschlagen, vier Maßnahmen zu streichen bzw. zu strecken. So solle der Ausbau der Lütjenseer Straße in 2013 mit Haushaltsmitteln in Höhe von 400.000 Euro an Stelle von 900.000 Euro belegt werden, da nicht zu erwarten sei, dass die Maßnahme in 2013 abschließend durchgeführt bzw. abgerechnet werde. Die weiter erforderlichen 500.000 Euro sollten mit einer Verpflichtungsermächtigung für 2014 eingeplant werden. Des Weiteren sollten für die Herstellung der Asphalt-Fläche auf dem Gelände der ehemaligen Straßenmeisterei lediglich 61.000 Euro an Stelle von 261.000 Euro veranschlagt werden. Die neue Kita sollte zunächst nur 4 statt 6 Gruppen erhalten, die auch nach Betrachtung der Kinderzahlen im SSK ausreichen würden. Letztlich sollte auf die Maßnahme des Kreisel Hamburger Straße/Mühlenweg verzichtet werden. Diese Maßnahmen würden die Neuverschuldung um rd. 1,5 Mio. Euro reduzieren.

GV Schumann weist auf das erhebliche Defizit des Freibades und die rapide sinkenden Besucherzahlen hin. Insbesondere die steigenden Energiekosten würden jegliche Bemühungen der Freibad

AG, Einsparungen zu erreichen, aufzuehren. Er verweist auf weitere finanziell belastende Maßnahmen des Schulverbandes, die zu erwarten seien. GV Schumann stellt den Antrag, alle Haushaltsstellen des Unterabschnittes 57000 (Freibad) auf Null zu setzen und beantragt hierzu namentliche Abstimmung.

1. stellv. Bürgermeister Lange weist auf die vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich des Personals hin. Der Vorsitzende erläutert ergänzend, dass der Bürgermeister einem solchen Beschluss aus rechtlichen Gründen widersprechen müsste.

GV Amann signalisiert, dass sich die BGT-Fraktion vom gestellten Antrag von GV Schumann distanzieren und dem Haushalt zustimmen werde. Die Gemeinde sei als Unterzentrum zu Leistungen verpflichtet, die mangelnden Einnahmen aufgrund des äußerst schlechten Wetters im Sommer diesen Jahres trügen zum Defizit des Freibades bei.

GV Droege sieht die Notwendigkeit, hinsichtlich des Freibades grundlegende Änderungen herbeizuführen. Es sollte an die Bürgerinnen und Bürger appelliert werden, die Trägerschaft auf freiwilliger Basis zu übernehmen, wie dieses schon in anderen Städten und Gemeinden praktiziert werde. Kritisch seien auch die künftigen finanziellen Belastungen der bevorstehenden Sanierungen z. B. der Beckenfolie zu sehen, die bislang noch unbeziffert seien.

Es schließt sich eine längere Debatte über den Haushalt an, insbesondere darüber, ob die von der SPD-Fraktion aufgezeigten Maßnahmen teilweise verschoben werden sollten oder nicht.

Herr Borchers erläutert auf Anfrage von GV Hoffmann, dass angesichts der Gewerbesteuermehr-einnahmen in 2012 aller Wahrscheinlichkeit nach eine Übertragung der Restkreditemächtigung in der ausgewiesenen Höhe von rd. 1,773 Mio. Euro nicht erfolgen müsse. Bislang seien Gewerbesteuer-mehreinnahmen in Höhe von rd. 900.000 Euro zu verzeichnen. Im Haushalt werde aufgrund der Haushaltssystematik der schlimmste anzunehmende Fall abgebildet.

Der Vorsitzende erläutert schließlich, dass er allein aus rechtlichen Gründen dem Antrag von GV Schumann nicht zustimmen könne und überdies ein Anhänger des Schwimmbades sei. Bezüglich des Beschlusses über die mögliche Verschiebung von Haushaltsmitteln für die Lütjenseer Straße sei er befangen und werde der Abstimmung nicht beiwohnen. Aufgrund der nach wie vor erhöhten Hebesätze der Realsteuern werde er sich bei Abstimmung über den Haushalt enthalten.

Der Vorsitzende beantragt die Schließung der Redeliste.

Stimmenverhältnis: 16 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
- Enthaltung

Sodann folgen Wortbeiträge von GV Winter, GV Wingenfelder, GV Hoffmann und GV Amann.

Sodann wird über den Antrag von GV Schumann abgestimmt:

Die Entscheidung über den Antrag findet in namentlicher Abstimmung statt.

Stimmenverhältnis: 15 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

Die Haushaltsmittel für den Unterabschnitt 57000 (Freibad) sind im Haushalt 2013 allesamt auf Null zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Michael Amann	Nein
Michaela Droege	Nein
Bernd Geisler	Enthaltung
Barbara Harders	Enthaltung
Jens Hoffmann	Nein
Peter Lange	Nein
Ulrike Lorenzen	Nein
Bernd Marzi	Nein
Thomas Mertens-Ammermann	Nein
Wiebke Neumann	Nein
Horst Schumann	Ja
Peter Sierau	Nein
Mathias Treimer	Nein
Ute Welter-Agatz	Nein
Roland Wingenfelder	Nein
Christian Winter	Nein
Ulf Zingelmann	Nein

Stimmenverhältnis: 1 Ja-Stimme
14 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend wird einzeln über die Anträge von GV Welter-Agatz abgestimmt:

Die Mittel für den Ausbau des Kreises Hamburger Straße/Mühlenweg sind einzusparen.

Stimmenverhältnis: 6 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
- Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Kita auf dem Gelände der ehemaligen Salzhalle ist zunächst nur 4-gruppig zu errichten.

Stimmenverhältnis: 6 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
- Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Für die Herrichtung bzw. Erneuerung der Asphaltfläche auf dem Gelände der ehemaligen Straßenmeisterei sind nur 61.000 Euro bereitzustellen.

Stimmenverhältnis: 13 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Damit ist der Antrag angenommen.

GV Mertens-Ammermann verlässt wegen Befangenheit die Sitzung. GV Welter-Agatz übernimmt als stellv. Bürgervorsteherin den Vorsitz.

Die Mittel für den Ausbau der Lütjenseer Straße (HHSt. 63040.96000) werden aufgrund der angenommenen Kassenwirksamkeit wie folgt verteilt:
2013 400.000 Euro, 2014 500.000 Euro, VE in Höhe von 500.000 für 2014.

Stimmenverhältnis: 6 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
- Enthaltung

Damit ist der Antrag abgelehnt.

GV Mertens-Ammermann betritt den Sitzungsraum. GV Welter-Agatz berichtet über das Ergebnis der Beschlussfassung. GV Mertens-Ammermann übernimmt den Vorsitz.

Sodann wird über den Haushalt insgesamt abgestimmt:

Die Haushaltssatzung 2013 einschließlich Haushaltsplan, Stellenplan, Finanz- und Investitionsplan wird, so wie sie dem Originalprotokoll nochmals beigefügt ist, mit der o. g. Änderungen beschlossen.

Stimmenverhältnis: 9 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

(GV Trittau vom 06.12.2012) 2/100

Zu TOP 10: Anfragen und Mitteilungen

10.1 GV Wingenfelder fragt an, ob die AWT das Biomasse-Kraftwerk bereits fertiggestellt habe.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Anlage ist lt. Mitteilung der AWT fertiggestellt. Derzeit wird der Gärprozess mittels Impfstoff angestoßen, das Hochfahren der Anlage dauert einige Wochen.

(GV Trittau vom 06.12.2012) 1/3,

10.2 Es wird angefragt, ob die für die Umgestaltung des Parkplatzes an der Großenseer Straße vom Schulverband eingenommenen Zuwendungen auch anteilig der Gemeinde zustehen und umgebucht würden.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Umbau des Parkplatzes erfolgte im Auftrag der Gemeinde. Die Maßnahme war für den ÖPNV nicht förderrelevant. Gefördert wurde lediglich die Umgestaltung der Bushaltestelle „Schulzentrum“ die als Maßnahme des Schulverbandes durchgeführt wurde.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

1/201, 1/3

10.3 GV Welter-Agatz fragt an, ob nicht vorgesehen sei, endlich die Besucherparkplätze unmittelbar vor dem Verwaltungsgebäude auszuweisen und die Bediensteten auf dem hintersten Parkplätzen parken zu lassen. 1. stellv. Bürgermeister Lange berichtet, dass dieses eine Sache des Amtes sei. Der Finanzausschuss des Amtes habe die Maßnahme der erforderlichen Umgestaltung des Parkplatzes auf 2014 verschoben.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

2/100

10.4 Der Vorsitzende berichtet, dass hinsichtlich des in der letzten Sitzung gefassten Beschlusses über die Trägerschaft der neuen Kita aufgrund des Geschäftsordnungsantrages von GV Winter eine Überprüfung durch die Kommunalaufsichtsbehörde stattgefunden habe. Der gefasste Beschluss sei nicht zu beanstanden.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

Zu TOP 11 Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

11.1 Ein Einwohner spricht sich dafür aus, verstärkte Anstrengungen hinsichtlich der Ansiedlung von neuen Gewerbebetrieben zu unternehmen, um die Einnahmesituation der Gemeinde zu verbessern. Vorbild sei hier z. B. Bargtheide. 1. stellv. Bürgermeister Lange erläutert, dass insbesondere aufgrund der nicht vergleichbaren verkehrlichen Anbindung die Standortbewertung in Trittau eine andere sei. Mit Hilfe der WAS würden erhebliche Anstrengungen unternommen, um neue Gewerbebetriebe anzusiedeln. Auch um die Vermarktung der Fläche ehem. Jahnke wurde sich auch von ihm selbst intensiv gekümmert.

11.2 Ein Einwohner fragt an, ob es stimme, dass im Bereich des beabsichtigten Kreiselneubaus Hamburger Straße/Mühlenweg eine Gashochdruckleitung befände. 1. stellv. BM Lange bestätigt dieses und teilt mit, dass die EON allein 6 Monate zur Umplanung benötige.

(GV Trittau vom 06.12.2012)

1/3

Ende der Sitzung: 22.00 Uhr.

(Vorsitzender)

(Protokollführer)

Anlagen, die der Urschrift des Protokolls beizufügen sind:

- Sitzungsvorlagen zu TOP 6 – 9
- Bericht der Europabeauftragten

Anlagen, die den Protokollkopien beizufügen sind:

- Bericht der Europabeauftragten

